

Sind Straßenausbaubeiträge noch zeitgemäß?

Politische und juristische Erfahrungen aus einzelnen Bundesländern

Peter Ohm – Präsident des Verbandes Deutscher Grundstücksnutzer e.V. (VDGN)

1. Sind Straßenausbaubeiträge noch zeitgemäß?

Nein!

Straßenbaubeiträge

- sind ungerecht
- belasten nur einen Teil der Straßennutzer
- verstoßen gegen den Gleichheitsgrundsatz
- sind von vielen, vor allem von sozial schwachen Anliegern nicht finanzierbar.

Instandsetzung, Erneuerung, Um- und Ausbau sowie Erweiterung von Straßen sind Bestandteil der Daseinsvorsorge des Staates!

2. Politische und juristische Erfahrungen

2.1. Politische Erfahrungen

Berlin:	2006 Straßenausbaubeitragsgesetz eingeführt		
	2011 Gesetz wird Wahlkampfthema der CDU		
	2013 Gesetz wird durch die Koalition SPD/CDU abgeschafft		
	Einnahmen 2008 und 2009		Ausgaben 2008 und 2009
	107.000 €		4.069.000 €
			(Personal-, Sach-, Nebenkosten ohne juristische Verfahren)
München:	seit 2004	2,5 Mio € Einnahmen	
	2013	228.000 € Einnahmen	300.000 € Ausgaben
			(für Personal und Sachaufwand)
Sachsen:	Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ist den Kommunen freigestellt. Viele Kommunen haben sogar Beiträge zurückgezahlt.		

Der Vorteilsbegriff – tatsächlicher oder imaginärer Vorteil?

Nur bei erstmaliger Erschließung entsteht ein Vorteil für das Grundstück.

Beispiel: Straße in Berlin wird nach dem Mauerfall als wichtige Ost-West-Verbindung ausgebaut und von 2 Fahrstreifen auf 4 Fahrstreifen erweitert.

Wer hat jetzt einen Vorteil?

- Der Anwohner, der nun ein vervielfachtes Verkehrsaufkommen vor der Haustür hat?
- Der Anwohner, der einen Teil seines Vorgartens für die Verbreiterung der Straße abgeben musste?
- Der Anwohner, der durch die Verkehrszunahme einen gesunkenen Verkehrswert seiner Immobilie hinnehmen muss?
- Der Anwohner, der wegen Bezahlung von Straßenausbaubeiträgen wichtige Investitionen zur Instandhaltung seiner Immobilie verschieben oder ausfallen lassen muss?

Wer zahlt? - Der Anwohner

- DAS IST UNGERECHT! -

Unsere Forderungen:

- Bundesweite Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen
- Finanzierung aller Maßnahmen des Umbaus, der Verbesserung, Erweiterung und Erneuerung von Straßen aus Steuermitteln durch Verwendung von Einnahmen des Staates aus Mineralöl-, Kfz- und Grundsteuern.

Gibt es Alternativen der Finanzierung?

- wiederkehrende Beiträge → Ablehnung durch den VDBG
Wenn auch Bürger einer Kommune zahlen sollen, deren Straße nie in das Straßenbauprogramm aufgenommen wird, ist das nicht gerecht und den Bürgern nicht vermittelbar. Der so genannte Vorteil kann hier erst recht nicht zur Begründung herangezogen werden.
- Erhöhung der Grundsteuer → differenziert von Kommune zu Kommune
In Kommunen, die in den letzten Jahre den Hebesatz drastisch angehoben haben, ist das den Bürgern nicht mehr zuzumuten.
Die Zweckbindung muss gesichert sein.
Mitspracherechte der Bürger müssen gewährleistet sein.
Es muss sicher gestellt sein, dass die Erhöhung der Grundsteuer zurückgenommen wird, wenn es zu einer generellen Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen kommt.

2.2. Juristische Erfahrungen: Musterverfahren

- Der einzelne Anlieger kann sich bei Straßenausbaubeiträgen im fünfstelligen Bereich oftmals keine Klage vor dem Verwaltungsgericht leisten. Sein Bescheid wird somit rechtskräftig.
- Der VDBGN unterstützt bundesweit Bürgerinitiativen und Anwohner von betroffenen Straßen bei der Bildung von Prozessgemeinschaften und der Führung von Musterverfahren. Die langjährigen Erfahrungen des VDBGN in mehreren Bundesländern können dabei von den betroffenen Bürgern genutzt werden.
- Gemeinsam mit anderen Betroffenen wird ein Musterverfahren finanziert. Der Einzelne muss dann nur einen Bruchteil finanzieren. Sein Widerspruchsverfahren ruht bis zur Entscheidung im Musterverfahren.
- Die Kommune hat ebenfalls geringere Prozesskosten als bei vielen Einzelverfahren. Der Verfahrensaufwand für die Kommune reduziert sich drastisch.

Beispiele: Thüringen – Kommune Uder
Niedersachsen – Kommune Hambühren
Brandenburg – Kommune Fredersdorf

Sachsen-Anhalt – Stadt Wörlitz
Bayern – Kommune Weitramsdorf

Abschließende Bemerkungen

Roman Herzog hat einmal in ganz anderem Zusammenhang gesagt:

„Es muss ein Ruck durch Deutschland gehen!“

Mit der einstimmigen Entscheidung im Münchener Bauausschuss, dem Stadtrat die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zu empfehlen, wird ein Ruck durch Bayern gehen, das KAG Bayern dahingehend zu ändern,

Straßenausbaubeiträge in ganz Bayern abzuschaffen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Weitere Informationen erhalten Sie unter **www.vdgn.de**